

badische Heimatbündler Manfred Glunk im badischen Villingen auch heute noch.

Wenigstens ein Dutzend badische CDU-Prominente, darunter der ehemalige badische Wirtschaftsminister Eduard Lais, schickten der Partei das Mitgliedsbuch zurück, als sich vorigen Monat ein südbadischer Parteitag zu jenem Land Baden-Württemberg bekannte, das die CDU seit nunmehr sechzehn Jahren regiert.

7000 von den 3,69 Millionen Badenern sind all die Südwest-Jahre hindurch auf das Isolationisten-Monatsblättchen „Badenerland“ abonniert geblieben. Knapp 1600 Badener engagierten sich im trutzigen „Heimatbund Badenerland“. Seit Jahren nahezu ohne Resonanz, schienen Blatt und Bund nur noch darauf eingeschworen, ihren gemeinsamen Manager Oscar van Raay, 66 („Ich bin hauptamtlicher Badener“), zu ernähren.

Doch so mühsam sich die schwindstüchtige Baden-Bewegung von den fünfziger in die siebziger Jahre herüberzuretten vermochte — die Altbadener sind Bundesdeutschlands erste Kleinstaatler, die den Bundesinstanzen einen Volksentscheid gemäß Länderneugliederungs-Artikel 29 des Bonner Grundgesetzes abzunötigen verstanden.

Noch vor dem 30. Juni 1970 dürfen nun die Badener in einem Volks-Votum darüber befinden, was sie wollen. Die Abstimmungs-Alternative:

- ▷ Entweder: „Ich will, daß das frühere Land Baden als selbständiges Land wiederhergestellt wird.“
- ▷ Oder: „Ich will, daß das Gebiet des früheren Landes Baden beim Lande Baden-Württemberg verbleibt.“

Berufs-Badener van Raay und seine Heimatbündler müßten, um für Baden Boden zu gewinnen, rund 650 000 Ja-Sager mobilisieren: eine Mehrheit nämlich, die laut Volksentscheid-Gesetz — wie Ende Januar vom Bundestag beschlossen — „mindestens ein Viertel“ der badischen Wahlberechtigten umfaßt.

So viel Volk für Baden in Bewegung zu bringen, dürfte schwerfallen. Die Landes-Ehe mit den Württembergern seit 1952 ist auch vielen Badenern zur vertrauten Gewohnheit geworden; in den 18 Jahren wuchs eine neue Generation heran, die mit einer „Baden-Frage“ wenig anzufangen weiß. Das Ziel der Altbadener, einst von Napoleon gezogene Grenzen wieder in die deutsche Landkarte einfügen zu wollen, mutet eher komisch an.

Beraten von dem 25jährigen Jung-Badener und Politologen Klaus Lindemann (SPD), wollen die Altbadener deshalb „als erstes das Image der Baden-Bewegung verbessern“ (van Raay), indem sie Großraumpolitik badischer Spielart offerieren: einen Rhein-Staat aus Baden und der Pfalz.

Freilich, prominente Badener wie der Offenburger Buntdrucker und Verleger Dr. Franz Burda („Die Bunte“) sind längst ins Lager der Südweststaatler gewechselt. Bei Baden-Württembergs Geburt hatte der Sena-

tor und Großunternehmer noch für die badische Sache gefochten. „80 000 Mark hat er damals für uns investiert“, erinnert sich Altbadener van Raay.

Den vormaligen Generalvikar des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg, Dr. Ernst Föhr, 78, hingegen betrachten die Altbadener als verlässliche Stütze. Obschon der Freiburger Erzbischof Dr. Hermann Schaufele seinem Klerus ausdrücklich gebot, aus der „Baden-Frage“ und dem Baden-Abstimmungskampf „die Kirche unbedingt herauszuhalten“, war Föhr dabei, als die Altbadener mobil machten.

Föhr in einem Rundbrief an alle seine „hochwürdigen lieben Mitbrüder“: Sie sollten sich doch den Altbadener Aktionskomitees „als Kontaktperson... zur Verfügung stellen“ und so mithelfen, daß für Baden in einem gesonderten Bundesland „die freie

## BUNDESWEHR

### OFFIZIERSABGÄNGE

#### In die Freiheit

Ich leide unter der Zwangsvorstellung, daß mein Regimentskommandeur ein Idiot ist“, klagte 1905 Rittmeister Walter von Fiebig vom 1. Badischen Leib-Dräger-Regiment Nr. 20 seinem Stabsarzt.

Fiebig wollte aus dem aktiven Dienst ausscheiden, der Kommiß war ihm zu fad geworden. Der Militärdoktor half dem Rittmeister, dessen Abgang kavalleristisch einen herben Verlust für sein Regiment bedeutete: Zweimal hatte Fiebig den Großen Preis von Baden-Baden erritten. Dennoch gewährte der König von Preußen, Kriegsherr auch der Großherzoglich



Heeres-Offizier beim Unterricht: „Das Unbehagen ist eine Krankheit“

Entscheidungsvollmacht zurückgewonnen“ werde.

Als sich auf den Föhr-Brief hin mehr als einhundert katholische Kleriker als Baden-Befürworter meldeten, frohlockte Heimatbund-Vorsitzender Reinhold Grund, Architekt und CDU-Stadtrat in der einstigen badischen Landeshauptstadt Karlsruhe: „Wir haben den Volksentscheid bereits gewonnen.“ Sein Vize Oscar van Raay („Auch der Adel macht natürlich mit“) befand, jetzt habe „Herr Filbinger in Stuttgart noch mehr Anlaß, vor der Abstimmung Angst zu haben“. Zudem gutachtete der von ihm herangezogene Mannheimer Professor Gerd Roellecke jüngst, die Landesregierung sei nicht „legitimiert, im Abstimmungskampf mitzureden“.

Baden-Württembergs CDU-Ministerpräsident Hans Filbinger, Geburtsbadener aus Mannheim und Hausbesitzer im badischen Freiburg, sieht eher Anlaß zur Gewißheit, „daß sich die Bevölkerung des badischen Landesteils in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit zu Baden-Württemberg bekennen wird“. Filbinger schätzt seine Badener so ein, daß sie „kein Verständnis haben für Kräfte, die einen Schritt tief zurück in das 19. Jahrhundert tun wollen“.

Badischen Regimenter, Fiebig „die Gnade des Abschieds“.

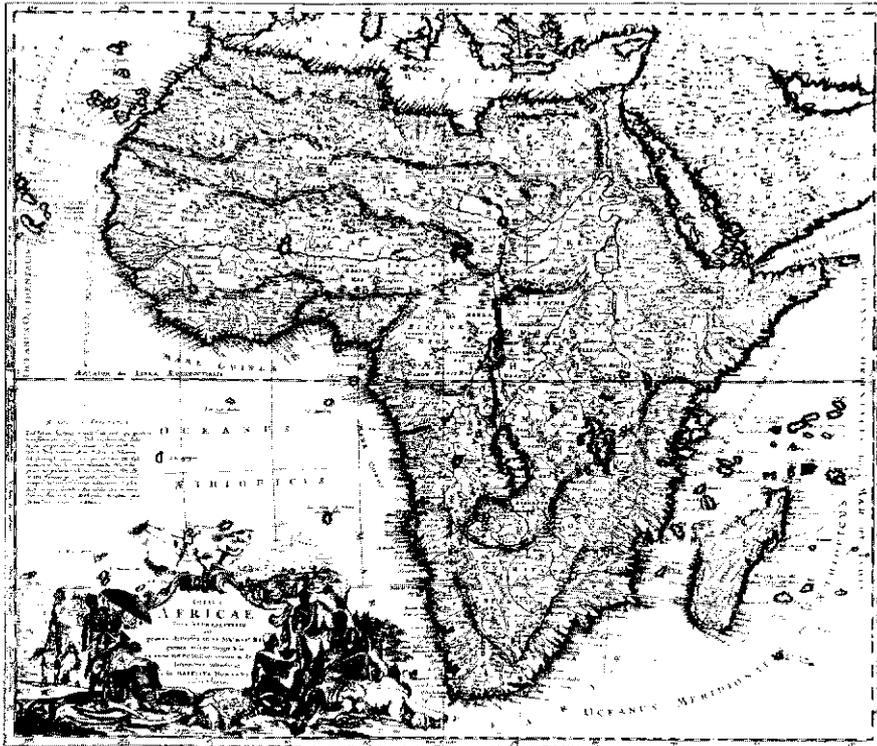
Der Rittmeister a. D. bezog frohgemut die Universität in Lausanne und studierte Chemie.

57 junge Offiziere der Bundeswehr taten es 1969 dem Kavalleristen nach — freilich ohne simulierte Neurose. Die Bundeswehrführung hat damit wieder eine neue Sorge: Neben den Problemen der Wehrgerechtigkeit und der wachsenden Zahl der Wehrunwilligen in der Mannschaft zeigt sich mehr und mehr Unbehagen am Dienst auch bei denen, die bereits die Silbersterne der Leutnante, Oberleutnante oder Hauptleute tragen.

In der amtlichen Monatsschrift „Information für die Truppe“ stellte Hauptmann Werner Pösken schon die alarmierende Diagnose: „Das Unbehagen im jüngeren Offizierkorps der Bundeswehr... ist eine gefährliche, schleichende, doch schnell um sich greifende Krankheit. Ihre Symptome: Resignation und Restauration.“

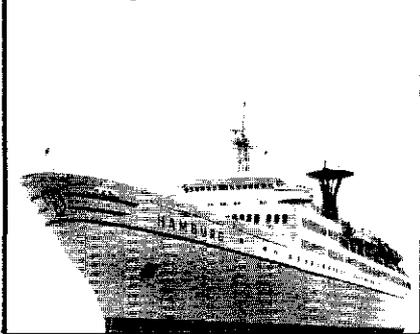
Die von Pösken genannten Krankheitsmerkmale veranlaßten im vergangenen Jahr 37 Hauptleute, 18 Oberleutnante und zwei Leutnante zum Austritt aus der Armee. 28 Prozent der Offizieranwärter traten 1969

# Wir haben Südafrika für Sie wiederentdeckt



TS Hamburg ist das erste deutsche Passagierschiff, das nach mehr als drei Jahrzehnten wieder südafrikanische Häfen anläuft. Diese Gala-Reise knüpft an bestehende Traditionen und erschließt ein neues Kreuzfahrtgebiet. Sie sehen die großen Städte und die malerischen Dörfer der Eingeborenen.

TS Hamburg 25 000 BRT



Sie erleben die afrikanische Tierwelt auf abenteuerlichen Pirsch- und Bootsfahrten, in riesigen Reservaten und National-Parks. Die schneeweiße »Hamburg« ist Ihr Zuhause. Deutschlands modernstes Passagierschiff setzt neue Maßstäbe für Ferien an Bord. Durch großzügige Gestaltung der weiten Sonnendecks und Promenaden. Des Swimming-Pools und der windgeschützten Lidoterrassen. Mehr als zwei Decks

nehmen die Gesellschaftsräume ein. Manche so breit wie das Schiff. Der elegante Rahmen für Bälle und Diners. Die komfortablen Kabinen haben eigene Badezimmer. Telefon und Radio. Fernsehen und eine individuell regulierbare Klimaanlage.

Gala-Kreuzfahrt nach Südafrika  
13. Mai bis 19. Juni 1970

Cuxhaven – Las Palmas – Kapstadt – Durban – Lourenco Marques – East London – Walfischbay – St. Helena – Dakar – Cuxhaven  
37 Tage  
ab DM 5.300  
pro Passagier in einer Doppelkabine

## Coupon

Bitte besuchen Sie die Fachleute Ihres Reisebüros und lassen Sie sich beraten. Wenn Sie keine Zeit haben, senden Sie ihnen diesen Coupon.

Bitte schicken Sie mir den Prospekt Gala-Kreuzfahrt nach Südafrika mit TS Hamburg

Name \_\_\_\_\_  
Ort \_\_\_\_\_  
Straße \_\_\_\_\_

schon auf den Heeresoffizierschulen freiwillig von der Ausbildung zurück.

Die Kasernenflucht kam die Abtrünnigen teuer zu stehen: Sie mußten auf alle Versorgungsleistungen verzichten und erhielten nicht einmal die Übergangsbeihilfen, die Offiziere auf Zeit nach Beendigung ihrer Dienstzeit zustehen.

Der Exodus der jungen Offiziere trifft aber auch die Personalplaner der Bundeswehr an empfindlicher Stelle. Gerade Truppenoffiziere jüngerer Jahrgänge sind Mangelware in Heer, Luftwaffe und Marine. Heeresinspekteur Albert Schnez: „Es werden Ende des Jahres 1970 über 500 Leutnante fehlen — allein auf das Notsoll\*, also auf ein ohnehin schon äußerst zurückgeschnittenes Minimum.“

Und: „Der Offiziersnachwuchs zeigt auch weiterhin rückläufige Tendenz. Dabei wirkt sich besonders schlimm aus, daß es gerade an den Offizieren mangelt, die den Dienst in der Truppe versehen.“

Der von Schnez beklagte Mangel hat dazu geführt, daß viele Bundeswehr-Kompanien heute mit nur einem Offizier — dem Kompanieführer — auskommen müssen.

Die uniformmüden jungen Offiziere schert das wenig. Sie sagen deutlich, was sie wollen: nach Hause, in die Freiheit, an die Universität.

Der Wunsch nach Kostümwechsel hat verschiedene Gründe. Ein Ex-Oberleutnant der Panzerbrigade 8 in Lüneburg: „Mannigfaltige Erlebnisse haben in mir die Erkenntnis wachsen lassen, daß das Verhältnis vieler Offiziere zur Gesellschaft gestört ist. Dies hat ein Unvermögen zur Folge, Entwicklungen außerhalb des militärischen Bereichs zu begreifen.“

Wie recht der Oberleutnant hat, zeigte ein Oberstleutnant, der vor den Offizieren seines Bataillons in Lüneburg mit den ungebärdigen Zivilisten abrechnete: „Die Professoren und Studenten, überhaupt diese ganzen Intellektuellen, laufen orientierungslos durchs Gelände.“

Schlimmer noch: „Wenn Sie studieren, verlieren Sie die Fähigkeit zum Führen. Das Studium erzieht nämlich zum Zögern.“

Weniger absurd als diese Militär-Lektion über das Wesen der Wissenschaft erscheinen die Gründe der Freiheitswilligen, wie sie sich einer Fachmann für Personalfragen junger Offiziere im Verteidigungsministerium darstellen:

- ▷ Zweifel an der Erfüllbarkeit des Verteidigungsauftrages im Ernstfall;
- ▷ keine Aussicht auf die Beförderung zum Major nach nicht bestandener Staboffizierprüfung;
- ▷ Sympathie für die politischen Gedanken der Apo;
- ▷ fehlendes Vertrauen in die berufliche Zukunft.

\* Offiziersnotsoll: zwei Offiziere je Kompanie, demnach außer dem „Chef“ ein Kompanieoffizier. Normal: „Chef“ und drei Offiziere.



Deutsche Atlantik Linie Hamburg



Marine-Offizier\*  
„Niemand weiß ...“

Mit der Sorge seiner Kameraden um den Arbeitsplatz identifiziert sich der Personalspezialist sogar: „Niemand weiß, wie es in diesem Beruf weitergehen soll. Wir haben letzten Endes kein Vertrauen, daß wir in 20 Jahren noch eine Aufgabe haben.“

So verschiedenartig die Gründe der jungen Ausstiegs-kandidaten sind, so eindeutig ist die Gesetzeslage: Nur wer sechs Jahre als Offizier gedient hat — das gilt für alle Hauptleute —, kann ungehindert um den Abschied bitten. Zwar bargeldlos, aber unverzüglich wird er ins Zivilleben entlassen.

Diese Gnade des schnellen Abschieds freilich wird Oberleutnanten und Leutnanten nicht zuteil. Grund: das Soldatengesetz. Dort nämlich heißt es im Paragraphen 46 Absatz 3, daß Berufs-offiziere vor dem Ende des sechsten Offizier-Dienstjahres — mithin die beiden untersten Ränge der Sternträger — nur dann ihre Entlassung verlangen dürfen, „wenn das Verbleiben im Dienst... wegen persönlicher,



Luftwaffen-Offiziere\*  
... wie es weitergehen soll“

insbesondere häuslicher, beruflicher oder wirtschaftlicher Gründe eine besondere Härte bedeuten würde“.

Die „besondere Härte“ grenzt Oberamtsrat Kurt Folle in den „Unterrichtsblättern für die Bundeswehrverwaltung“ vor allem negativ ab: „Eine veränderte Einstellung zum Beruf des Offiziers oder eine auf innerer Überzeugung beruhende Hinwendung zu einem anderen Beruf können nur in Ausnahmefällen eine persönliche Härte darstellen, z. B. wenn ein Berufs-offizier Theologe werden möchte.“

Nicht Pfarrer, aber Jurist ist das Berufsziel des ehemaligen aktiven Oberleutnants Helmuth Bock, der fast ein Jahr mit den Bürokraten auf der Hardthöhe rang, bevor sie ihn entließen. Seit 14 Monaten nun hat Jurastudent Bock den Paragraphen, an dem er so lange festhing, ins Visier genommen. Resümee des heutigen Reserve-Oberleutnants: Die Bestimmung des Soldatengesetzes ist verfassungswidrig. Sein Tutor an der Hamburger Universität, Assistent Dr. Hans Peter Bull: „Das lassen Sie man ruhig in einer Fachzeitschrift erscheinen.“

Den Zuspriech des Übungsgruppenleiters hatte der Rechtsadept sich mit akribischer Tüftelei verdient. Er wies nach,

- ▷ daß Offiziere des Bundesgrenzschutzes jederzeit gehen dürfen,
- ▷ daß Richter, Professoren und Polizeivollzugsbeamte sofortige Entlassung begehren können und
- ▷ daß abschiedswillige Berufsunteroffiziere der Bundeswehr nicht bei der Fahne gehalten werden.

Demnach, so Bock: Paragraph 46 Absatz 3 Soldatengesetz, der Offiziere zum Zwangsdienst in den Kasernen hält, verstößt gegen den Gleichheitssatz des Grundgesetzes. Artikel 3 Absatz 1 der Verfassung: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“

Nach diesem Satz ist es — laut Bundesverfassungsgericht — dem Gesetzgeber verboten, wesentlich gleiche Sachverhalte ungleich zu behandeln. Bock: „Die Ungleichbehandlung der Berufs-offiziere ist folglich nur dann zu rechtfertigen, wenn der Offizierberuf sich in Bedeutung und Funktion wesentlich von anderen Berufen abhebt.“

In der Tat bescheinigte der Wehrbeauftragte des Bundestages, Matthias Hoogen, dem damaligen Oberleutnant, „als Berufs-offizier“ gehöre er zum „Kernbestand der Bundeswehr“. Der widerspenstige Bock „unterscheide sich durch höhere Verantwortung und größere Bedeutung nicht nur von den Berufsunteroffizieren, sondern auch von den Beamten“.

Dazu Jurastudent Bock, der schließlich entlassen wurde, weil selbst nach Auffassung der Personalplaner sein „Verbleiben im Dienst“ eine „Härte seelischer Art“ bedeutet hätte: „Dieser elitäre Anspruch basiert auf einem fragwürdigen Rollenverständnis des Offizierberufes.“

\* Oben: bei einer Parade vor der Front; unten: bei der „Starfighter“-Ausbildung in den USA.

Mailand, die Zukunft 5 Jahre früher. Architektur, Werbegraphik, Industrial Design, Mode, Autoindustrie, Elektronik, chemische Industrie.

Ente Provinciale per il Turismo Milano, Via Marconi, 1

Milano: il futuro  
5 anni prima